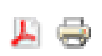
# AG Migration und Vielfalt in der SPD gegründet – Möbbeck: Mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe für Zugewanderte durchsetzen



*Freitag, den 20. Juli 2012*



In der SPD Sachsen-Anhalt gibt es einen Landesverband der bundesweit neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt". Die Gründungsversammlung fand jetzt in Magdeburg statt. Ziel der AG ist es, sich für „ein respektvolles interkulturelles Zusammenleben, Chancengleichheit für Zugewanderte, die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und für die interkulturelle Öffnung von Gesellschaft und Sozialdemokratie" einzusetzen, wie es in der Gründungserklärung heißt. „Dabei sind uns alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die im Themenfeld Migration, Zuwanderung, Vielfalt aktiv sind, willkommen", erklärte Susi Möbbeck, die einstimmig zur Vorsitzenden gewählt wurde und beruflich als Integrationsbeauftragte der Landesregierung tätig ist. Den 10-köpfigen Vorstand komplettieren Dr. Karamba Diaby aus Halle und Liliana Osorio de Rosen aus Merseburg als stellvertretende Vorsitzende sowie 7 Beisitzerinnen und Beisitzer.

Interkulturelles Alltagsleben ist in Sachsen-Anhalt aufgrund des niedrigen Migrationsanteils nicht selbstverständlich. Fremdenängste sind stärker ausgeprägt. Gleichzeitig wird Zuwanderung angesichts einer alternden Bevölkerung und des heraufziehenden Fachkräftemangels aber zu einem Zukunftsthema für Sachsen-Anhalt. „Rund 80.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Sachsen-Anhalt und verfügen häufig nicht über gleiche Chancen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe", so Susi Möbbeck. „Wir wollen uns dafür einsetzen, dass sie ihr Recht auf Teilhabe auch realisieren können." Dazu gehören mehr Rechte von Migrationsbeiräten, die Förderung von Selbstorganisationen, aber auch das kommunale Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer.

„Wir wollen den Bildungszugang und die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten verbessern", nennt Möbbeck zwei zentrale Punkte. Frühkindliche Sprachförderung in den Kindereinrichtungen bildet dafür ein Fundament. Sprachunterricht zum Erwerb der deutschen Sprache müsse in allen Klassenstufen und Schulformen der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen bedarfsorientiert angeboten werden. Zudem arbeiten viele Zugewanderte weit unterhalb ihrer Qualifikation, weil ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen in Deutschland bislang nicht anerkannt werden. „Wir setzen uns für eine zügige Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und eine bessere Nutzung der Qualifikationen von Zugewanderten ein. Das ist auch ein Beitrag zur Fachkräftesicherung."

Die AG will auch Anwalt der Rechte von Flüchtlingen sein. Möbbeck begrüßte in diesem Zusammenhang das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Asylbewerberleistungsgesetz, das die Gleichbehandlung gestärkt habe. Möbbeck sah daher neue Chancen zur Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen: „Dass Menschen viele Jahre in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen, ist mit unserer Vorstellung von Menschenwürde schwer vereinbar". Die AG Migration und Vielfalt fordert daher, dass Flüchtlinge in der Regel in Wohnungen untergebracht werden und Zugang zu Deutschunterricht erhalten.